

## Hänschen klein, ging allein ...

Was Deutschlands Rolle auf der Weltbühne sein könnte

von Marcia Pally

**Amerikanische Liberale hoffen seit langem, dass Europa endlich als Soft-Power-Weltmacht die internationale Politik energisch mitgestaltet. Deutschland, das größte EU-Land, trägt besondere Verantwortung. Aber es glaubt heimlich, dass Amerika, das viel gescholtene, ganz gut allein über die Weltordnung wacht. Schade! Ein transatlantischer Weckruf.**



Foto: P. Peitsch/peitschfoto.com

**MARCIA PALLY** ist Professorin für Kulturwissenschaft an der Steinhardt School der New York University. Zuletzt erschien von ihr in Deutschland „Lob der Kritik. Warum die Demokratie nicht auf ihren Kern verzichten darf“, Berlin 2003.

In diesem Aufsatz geht es um die Frage, ob Deutschland noch eine Vision seiner Rolle auf der Weltbühne besitzt, seines Potenzials und seiner Verantwortung. Im Hinblick auf den Soft-Power-Ansatz, entwickelt aus den Tragödien des vergangenen Jahrhunderts, bedeutet das für den Planeten einen Verlust. Da Deutschlands globales Potenzial in die EU eingebettet ist, die ebenfalls ihre Lehren aus dem Militarismus des 20. Jahrhunderts gezogen hat, werde ich zunächst den gegenwärtigen Zustand der EU unter die Lupe nehmen, um den Blick dann wieder auf Deutschland zu lenken.

In einem Wort: Auch Europa scheint seine Vision von seinem eigenen Potenzial verloren zu haben. Binnen- und Außenwahrnehmung stehen in scharfem Kontrast: Nachdem die Wähler in Frankreich und den Niederlanden die EU-Verfassung abgelehnt hatten, erklärte Lee Wook Hun, ein Vertreter des südkoreanischen Außenministeriums, der *International Herald Tribune* (14.6.2005): „Südkorea war für die europäische Integration, weil sie Europa erlaubt, mit einer Stimme zu sprechen und einen größeren Beitrag zur Stabilität der Weltordnung zu leisten. Sie würde Europas Außenpolitik berechenbarer machen und ihr eine aktivere Rolle in Fragen wie dem nordkoreanischen Atomproblem erlauben.“ Warum Lee Wook Hun auf das globale Potenzial Europas hofft, lässt sich leicht verstehen. Es ist Europas eigene Hoffnung, die schwindet. In den Debatten vor dem Verfassungsreferendum war Europas Rolle auf der Weltbühne kein großes Thema. Die Wahlentscheidung wurde von Protektionismus bestimmt, von nationalen Sorgen, nicht von europäischen oder gar internationalen. Die Schaffung des Postens eines EU-Außenministers wurde aufgegeben, die Einrichtung des vorgeschlagenen Diplomatischen Dienstes der EU auf Eis gelegt. In ganz Westeuropa ist das antieuropäische Sentiment im Schwange, als hätten die Menschen das Interesse an weltpolitischem Einfluss verloren, die Größe und Integration dem Kontinent bringen könnten. Seltsam, denn die Europäer – besonders die Deutschen – hatten sich seit dem Irak-Krieg durchaus für ihre gewachsene Stärke erwärmen können. Studien des Pew Research Center und des German Marshall Fund ergaben im vergangenen Jahr, dass 59 Prozent aller Europäer, 73 Prozent der Franzosen und 60 Prozent der Deutschen die künftige Führungsrolle der USA in der Welt ablehnen; in Frankreich wünschten sich 75, in Deutschland 63 und in Großbritannien 56 Prozent eine von den USA unabhängige Außenpolitik.

Wie lässt sich diese Ambivalenz erklären? Europa sieht sich von inneren Widersprüchen in der Verfolgung seiner eigenen Ziele behindert – und kein Land mehr als Deutschland, dessen Interessen so eng mit denen der EU verbunden sind. Der erste Widerspruch besteht zwischen den ökonomischen

und den politischen Ambitionen Deutschlands und seinem Nachkriegsmiss-trauen wider alle politischen Ambitionen. Der zweite liegt zwischen Deutsch-lands Ehrgeiz und seinen Annahmen über die USA. Der erste Widerspruch ist weithin bekannt, der zweite fast ein Tabu: Deutschland möchte, dass Eu-ropa ein Global Player wird, und geht am Ende doch immer wieder davon aus, dass die USA die Weltfragen schon regeln werden.

Seit dem Ende des Kalten Krieges wird das Projekt der europäischen Verei-nigung von diesem Widerspruch heimgesucht. Einerseits wird die Politik Amerikas von Deutschland gern scharf als kurzsichtig, unilateral und aggressiv kritisiert, andererseits verlässt man sich gern darauf, dass die USA in geo-politischen Fragen schon verantwortungsbewusst handeln werden. Einerseits möchte Deutschland die aus seiner langen Geschichte gewonnene Weisheit in die Lösung der Weltprobleme einbringen. Andererseits lässt sich aus der plötzlichen Zaghaftheit bei der Weiterentwicklung der Union schließen, dass es den Deutschen und anderen Europäern gar nicht unlieb ist, die Drecksarbeit dem Land zu überlassen, das sie so gerne niederbügeln.

Die europäische Ambivalenz der eigenen Rolle in der Welt lässt sich als Taktik abtun: Die EU kann eine wichtigere und von den USA unabhängige Rolle übernehmen, sobald sie über eine eigene Außenpolitik und eigene Streitkräfte verfügt. Aber Europa hat es mit dem Aufbau von Außenpolitik und Streitkräften nicht besonders eilig. Warum nicht?

### Die EU und ihre Widersprüche

Die EU ist ein riesiger Erfolg, in nicht unbeträchtlichem Maß durch deut-sches Verhandlungsgeschick und Geld. Historisch betrachtet gelingt es souve-ränen Staaten und ehemaligen Feinden nur selten, Strukturen der Zusam-menarbeit aufzubauen, die Frieden und Wohlstand dienen. Sicher leidet die EU an Steuerungsproblemen. Die Kommission entzieht sich der demokrati-schen Kontrolle; das Parlament darf keine Gesetze verabschieden und ver-langt dieses Recht nur zaghaft. Aber die Antwort auf diese Probleme kann nicht darin liegen, das politische Potenzial der EU aus den Augen zu verlie-ren; solche demokratischeren Strukturen lassen sich aufbauen. Denn der Er-folg der EU ist kein reiner Selbstzweck. Die Union ist als Staatenbund auch für andere zum Vorbild geworden. Sie hat anderen Nationen entscheidende Hilfestellungen ge-geben.<sup>1</sup> Zur Lösung geopolitischer Probleme hat sie auf Diplomatie und wirtschaftlichen Einfluss gesetzt und das Ideal der Soft Power hochgehalten. Andere haben das vor ihr getan, aber weniger konsequent. Vor uns steht die Möglichkeit einer mächtigen, gut organisierten, reichen und technologisch ausgefuchsten Föderation, die Soft Power zu ihrer offiziellen Richtlinie macht.

Aber genau diese Vision einer starken EU wird von Widersprüchen ge-plagt. In vier Arenen möchte sich die EU offenbar gleichzeitig als Weltmacht von den USA abkoppeln und sich weiter auf sie verlassen: beim Tempo der Entwicklung einer EU-Außenpolitik; in der Fähigkeit Europas, seiner eigen-ten Kritik an den USA gerecht zu werden; bei der EU-Vorsorge für den Kri-

Deutschland kritisiert Amerika – und geht doch davon aus, dass es die Weltfragen schon regeln wird.

<sup>1</sup> Die europäische Entwicklungshilfe summiert sich auf 30 Milliarden Dollar pro Jahr, das ent-spricht 70 Prozent der Entwicklungshilfe weltweit. Franz Josef Radermacher: *Global Marshall Plan/A Planetary Contract for a Worldwide Eco-Social Market Economy*, Hamburg 2004, S. 62.

senfall und in den Planungen für einen Konflikt mit den USA. Erstens scheint Europa davon auszugehen, dass die viel kritisierten USA in weltpolitischen Fragen dennoch weiter Verantwortung übernehmen werden, während die EU Außenpolitik und Militär ihrer 25 Mitgliedsstaaten langsam auf Linie bringt. Die Ablehnung der Verfassung wird diesen Prozess weiter verlangsamen, und Europa lässt sich darauf offenbar gerne ein.

Zweitens sollte man erwarten dürfen, dass Europa in der Entwicklung seiner Richtlinien die eigene Kritik an den USA berücksichtigt. Aber während die Nationen Europas die USA für ihren aggressiven Hard-Power-Ansatz geächtet haben, mochten sie ihre Soft Power doch nicht dafür einsetzen, die

Wer außer den USA soll das Heft in die Hand nehmen, wenn „soft power“ scheitert?

Waffeninspektoren zurück in den Irak zu bringen. Stattdessen hat jede einzelne Nation es vorgezogen, ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen zu schützen (gewöhnlich ein Kritikpunkt Europas an den USA). Die EU kritisiert die USA für ihre dürftige Weltwirtschaftshilfe und behindert

mit ihrem eigenen Protektionismus gegen die Dritte Welt gleichzeitig den Kampf gegen die Armut. Während sie die Menschenrechtsverletzungen der USA in Guantánamo und Abu Ghraib kritisieren, erwägen die Europäer Jahr für Jahr die Aufhebung des Waffenembargos gegen China und ignorieren die Menschenrechtsverletzungen dort. Die USA mögen in ihrer Menschenrechtspolitik inkonsistent sein – der Sinn des europäischen Modells läge darin, die Alternative zu solch schlechtem Benehmen zu schaffen.

Drittens bleibt unklar, wer außer den USA das Heft in die Hand nehmen soll, wenn Diplomatie und Soft Power scheitern. Der UN-Sicherheitsrat war in solchen Situationen bisher wenig erfolgreich. Wenn die EU den Iran zur Aufgabe seines Atomprogramms überreden könnte, im Austausch gegen wirtschaftliche Zusammenarbeit und Sicherheitsgarantien, wäre das ein wichtiger Sieg für die EU und Deutschland. Aber der Iran wird sich nicht darauf einlassen. Was nun? Bei Beginn der Verhandlungen hatte die EU erklärt, sich an die Seite der USA stellen zu wollen, wenn der Iran seine Versprechungen bricht – womit sie sich wieder auf die USA verlässt, wenn es darum geht, in schwieriger Lage Härte zu zeigen. Viertens: Hat die EU einen Plan, wenn es zum Konflikt mit den USA kommt? Iran, China, Russland, NATO-unabhängige EU-Streitkräfte – in all diesen Fragen dürfte die EU mit den USA über Kreuz liegen. Trotzdem scheint man in Europa kaum Unbehagen bei dem Gedanken zu verspüren, die USA könnten sich in diesen Konflikten durchsetzen. So liegt nicht nur Europa, sondern auch der Rest der Welt weiter in den Händen der USA.

### Wie diese inneren Widersprüche Deutschlands entstanden (1945–2005)

Diese Widersprüche schwächen die EU gleichzeitig als vorbildhaften Staatenbund und als Weltmacht, die bei der Überwindung geopolitischer Probleme eine Führungsrolle übernimmt, weil sie über bessere Lösungsansätze verfügt als andere. Und so schwächen sie auch den Beitrag, den Deutschland international leisten kann. Wie sind diese Widersprüche entstanden? In der jüngeren Zeit lassen sie sich in die Periode des Kalten Krieges zurückverfolgen, während der in Deutschland das Misstrauen gegenüber großen politischen Visionen berechtigterweise groß war, nach der Erfahrung der zerstörerischen Kriege auf dem Kontinent und in den Kolonien und der

Verbrennungsöfen und Gulags des 20. Jahrhunderts. Europas Abkehr vom Militarismus war der Beginn der Montanunion, die Deutschland und Frankreich von weiteren Konflikten um Ressourcen abhalten sollte. Heute steht Deutschlands Misstrauen gegen totalitäre Visionen bei der Entwicklung jener Vision für die EU als Kraft gegen Totalitarismus im Weg. Es wäre zu begrüßen, wenn Deutschland nicht in diesem Schlamassel stecken bliebe. Zynischere Beobachter, darunter US-Republikaner, sagen, Europa verstecke sich dahinter, um die Frustrationen und Kosten zu vermeiden, die eine aktive Rolle als Weltmacht bei der Lösung geopolitischer Probleme mit sich brächte.

Das deutsche Misstrauen gegen große politische Visionen sollte angeblich eine Kritik all solcher Pläne darstellen. Aber die USA wurden für eine Weile still und heimlich von dieser Kritik ausgenommen. In Wahrheit hat Europa das Gebiet der großen politischen Visionen an die USA delegiert und gehofft, eine gutartige Außenpolitik oder wenigstens rationales Eigeninteresse würden den mächtigen Partner zu einer verlässlichen Führungsmacht machen.

Dies war eine eurozentrische Haltung: Die Eigeninteressen der USA schienen nur deshalb gutartig, weil sie mit Westeuropas Interessen im Kalten Krieg im Einklang standen. Große Teile Lateinamerikas und Asiens waren einer brutaleren US-Außenpolitik ausgesetzt. Das europäische Bild der USA blieb davon in der Bundesrepublik lange unbeschädigt; sie hatte das amerikanische Versprechen verinnerlicht, eine Demokratie nach amerikanischem Vorbild und internationale Verträge würden sie davor bewahren, nie wieder zum schlimmsten Tätervolk der Welt zu werden. Dasselbe Bild der USA führte die europäischen Nachkriegsgenerationen zum Aufstand, als sichtbar wurde, dass die Geheimoperationen der USA, ihr „Wirtschaftsimperialismus“, ihre atomare Aufrüstung und „begrenzte Konflikte“ wie in Vietnam sich nicht mit den politischen Prämissen Europas in Einklang bringen ließen.

Der Glaube an eine vernunftbestimmte USA führte Deutschland in seinen zweiten Widerspruch: zwischen der Annahme, ein verlässliches Amerika würde die internationale Geopolitik in die Hand nehmen, und den eigenen weltpolitischen Ambitionen, besonders dort, wo es die USA nicht länger als gerecht oder verlässlich erlebt. Kurz vor den US-Präsidentenwahlen des Jahres 2004 fasste ein Berliner Barbesitzer diese Haltung hübsch für einen Reporter der *New York Times* zusammen: „Bush hat uns unser Amerika genommen. Also, wir lieben Amerika ... Wir glauben an Amerika und die amerikanischen Werte, aber nicht an Bush. Und dass er unser Bild von einem Land verzerrt, das so wichtig für uns ist, macht uns wütend.“ Auch durch die europäischen Erklärungen für sein Verschwinden scheint noch das Palimpsest des guten Amerikas. Niemand behauptet, die hässliche Seite der USA gründe auf einer grundsätzlich faschistischen Natur der Menschen. Noch immer wird angenommen, die USA seien im Grunde vernunftgesteuert und könnten sich wieder zur Weltmacht mausern. Am 20. Januar 2004 zitierte die *International Herald Tribune* John Le Carré mit den Worten, er „warte auf die Rückkehr des wahren Amerikas“.

Dieses doppelte Bild eines zugleich hässlichen und gerechten Amerikas und der Widerspruch, in den es Deutschland und Europa stürzt, haben die

Europa hat die großen politischen Visionen an die USA delegiert und auf deren Gutartigkeit gehofft.

## Die Deutschen und die Welt

Entwicklung der EU durcheinander gebracht. Denn wenn die USA politisch im Kern demokratisch und rational sind, wäre das, was aus deutscher Sicht wie ihre Kriegslust wirkt, ein vorübergehendes Phänomen. Wenn die USA aus rationalem Eigeninteresse stabile Demokratien und wirtschaftliche Freiheit fördern, könnte Deutschland noch einmal um die großen Visionen herumkommen und sich weiter auf die globale Führungsrolle der USA verlassen. Die „wahren Amerikaner“ wären wieder da.

Amerikas Außenpolitik war seit Thomas Jefferson völlig konsistent.

Solch irreführendes Denken ist wenig hilfreich. Weder Deutschland noch die EU werden der Entwicklung einer eigenen Außenpolitik ausweichen können, indem sie auf die wahren Amerikaner warten. Es gibt in den USA keine zwei säuberlich voneinander getrennten außenpolitischen Richtungen, eine „wahre“ und eine hässliche, auch wenn Regierungen sich im Stil voneinander unterscheiden mögen. Die US-Außenpolitik war seit Jefferson völlig konsistent: Sie war expansionistisch, um den Wohlstand daheim zu mehren durch den Ankauf von Land, „Einflussphären“, wirtschaftliche Hegemonie und Militäroperationen – genau wie die Außenpolitik der Mächte Europas im 19. Jahrhundert. Das ist nicht weiter bemerkenswert. Darüber hinaus resultiert diese US-Außenpolitik aus allem, was Europa an Amerika bewundert: aus seiner Vitalität, seiner Eigenständigkeit, seinem Optimismus. Die vernünftigen Anteile dieser Energie lassen sich nicht von den irrationalen trennen. Was Samuel Huntington das „amerikanische Credo“ nennt – Freiheit, Gleichheit, Individualismus, ökonomisches Laissez-faire und „Fortschritt“ – und was Anatol Lieven „Jacksonschen Nationalismus“ nennt – defensiv, gewaltbereit, intolerant – hat dieselben Wurzeln in der rauen, 350-jährigen Tradition wagemutigen, visionären, ungeduldigen Zupackens.<sup>2</sup>

Jene Energie, mit der das Nachkriegseuropa als Pufferzone gegen die Sowjets wieder aufgebaut wurde, ist eins mit der Energie, die Südostasien und Lateinamerika vor dem Kommunismus „retten“ wollte, was den Europäern anmaßend und destruktiv vorkam. In beidem waren Credo und Nationalismus. Die lösungsorientierte Vision, die all jenen Institutionen, die den Europäern so lieb sind, ihre Kraft verlieh – dem Marshall-Plan, den Vereinten Nationen, Bretton Woods, der OECD und der NATO –, hat auch den Irak-Krieg des Jahres 2003 inspiriert, der für viele Amerikaner Demokratie in den Mittleren Osten bringen sollte. Für die amerikanischen Neocons, über die sich die Europäer so gern mokieren, sind die Mühen im Irak genauso wagemutig und zupackend wie die Berliner Luftbrücke.

Allein in ihrem „wahren“ Zustand – gerecht und vernünftig – sind die Amerikaner für die Europäer nicht zu haben. In dem Ausmaß, in dem die Europäer aus dem Blick verlieren, dass Amerikas Energie, die ihnen lieb ist, auch all das mit sich bringt, was ihnen unlieb ist, werden sie die USA missverstehen. Sie werden von der visionären Aggressivität Amerikas immer wieder überrascht werden. Indem Europa auf den vernünftigen Staatenlenker wartet, der die Dinge in die Hand nimmt, wird es sich um sein eigenes Potenzial bringen und die eigene Verantwortung auf der Weltbühne weiter unterschätzen.

<sup>2</sup> Anatol Lieven: Der Kampf um Amerikas Seele, *Internationale Politik*, Oktober 2004, S. 1–12.

### Staatlichkeit und Kesselflicker (1700–2005)

Der Widerspruch zwischen dem politischen Ehrgeiz Deutschlands und seinem Hang, sich auf die USA zu verlassen, hat seine Wurzeln nur zum Teil in der Nachkriegszeit. Er ist ebenso aus langen historischen Unterschieden zwischen den USA und Deutschland erwachsen. Der Unterschied zwischen deutschem Dirigismus und dem angelsächsischen Hang zu lösungsorientierter Improvisation ist am wichtigsten. Man darf Deutschlands Tradition, sich auf die staatlichen Institutionen zu verlassen, nicht mit der düsteren Effizienz der Nazis verwechseln; man sollte sie ebenfalls nicht mit dem populären Konzept eines deutschen „autoritären Charakters“ in einen Topf werfen. Der Hang, sich auf Systeme zu verlassen, stellt noch keine Aussage über die Beschaffenheit dieser Systeme dar – sie mögen autoritär oder liberal sein. In der Neuzeit hat der Staat den Deutschen nicht die übelsten, sondern die besten Neuerungen beschert.

In Großbritannien sproß die Industrialisierung aus den Innovationen erfinderischer Kesselflicker und privater Investoren. Die berühmte Royal Society, die Boyle, Hooke und Newton hervorbrachte, arbeitete ohne Unterstützung der Regierung und war auf (oft knappe) private Mittel angewiesen. Produktion und Handel wuchsen im Geist von Ricardo und Smith, finanziert von kaum regulierten Börsen. Im frühen 19. Jahrhundert wurde der Regierungseinfluss auf private Verträge gesetzlich eingeschränkt, auch auf die Arbeitsbedingungen und die Versorgung der Armen.<sup>3</sup> In Preußen wurde die Industrialisierung dagegen von Friedrich dem Großen importiert, der seine Armeen ausstatten und über Steuern finanzieren musste. Seine Steuereintreiber legten den Grundstein für Preußens kopfstarken, disziplinierten öffentlichen Dienst. Preußen stellte den Börsen seine Zentralbanken entgegen, und das Darlehenswesen wurde grob mit dem Rest der Wirtschaft koordiniert. Friedrich setzte außerdem einige der großzügigsten Einwanderungs- und Asylgesetze auf dem Kontinent in Kraft – Toleranz von oben –, um Arbeitskräfte und Beamte anzulocken.

In Preußen war der König eine treibende Kraft der Modernisierung – anders als in England und Frankreich.

Anders als in England, wo der Adel seine Macht über den König ausweiten wollte, waren die preußischen Junker mit ihm im Bunde und hoben Streitkräfte für ihn aus. Und anders als in England und Frankreich war der König eine treibende Kraft der Modernisierung. Er war es, der eine gewisse Freiheit der Presse garantierte, die Einheitlichkeit der Gesetze und ihrer Anwendung sowie ethnische und religiöse Toleranz. Das Alltagsleben wurde kaum überwacht. Und auch das Verbot für Priester, Ungläubige zur Erlösung zu foltern, ging vom König aus. Es wurden keine Hexen verbrannt; selbst Sodomie blieb straffrei. Ein preußischer Minister erklärte seinem französischen Kollegen: „Die heilsame Revolution, die ihr von unten nach oben in Kraft gesetzt habt, wird in Preußen langsam von oben nach unten durchgeführt werden.“<sup>4</sup> Damit das Volk sich nicht mit Napoleon verbündete, griff die preußische Regierung erneut zu Wirtschafts- und Sozialreformen. Ein Parlament wurde allerdings nicht zugelassen. In Preußen kam der Fortschritt von oben.

<sup>3</sup> Vgl. z.B. die Novelle zum Britischen Armengesetz von 1832 und die Anti-Corn Law Bill von 1846. Eine gute Zusammenfassung findet sich bei Karl Polanyi: *The Great Transformation*, Boston: 1944/2001, S. 143 f.; allgemeine Bemerkungen in Kapitel 12.

<sup>4</sup> Das Zitat findet sich u.a. bei Sebastian Haffner: *Preußen ohne Legende*. Hamburg 1979, S. 73.

## Die Deutschen und die Welt

Der staatliche Zollverein koordinierte im 19. Jahrhundert einen effizienten, machtvollen Markt der deutschen Kleinstaaten und bereicherte sie, insbesondere Preußen, indem er zum internationalen Handel anregte (und ihn regulierte). Wieder waren es die Ratgeber des Königs, die nach 1848 verstärkte Demokratisierung vorschlugen – als Geschenk des Staates an die Menschen. Bei Marx traten die dirigistischen Grundannahmen hinter den revolutionären Idealen klar zutage. Der korrupte kapitalistische Staat sollte durch einen anderen, sozialistischen Staat ersetzt werden. Aber die Forderung an die Regierung, das Volk zu beschützen, kam nicht allein von Marx. Die Regierung wurde das ganze Jahrhundert hindurch nicht nur als das durchführende

Hier „Raubtier-Kapitalismus“  
– in den Vereinigten Staaten  
„Goldenes Zeitalter“.

Organ der Industrialisierung angesehen, sondern auch als einzige Instanz zum Schutz der traditionellen, von der Zerschlagung durch den hilfreichen Kapitalismus bedrohten Gemeinschaft. Als Bismarck antrat, führten Rechte und Linke Begriffe wie „soziale Verantwortung“

und „Daseinsvorsorgestaat“ im Munde. Bismarck entwickelte das erste staatliche Sozialversicherungssystem. Durch die Reichsgründung wurde der moderne deutsche Nationalstaat das Kind regierungsamtlicher Planung – nicht des „Volkswillens“. Die Demokratie der Bundesrepublik, die bis heute besteht, wurde von einer Besatzungsmacht implementiert.

Diese Tradition hat wenig mit Amerikas individualistischer Eigenständigkeit zu tun, mit dem Misstrauen gegen die Regierung, das sich von „Shay’s Rebellion“ von 1786 bis zu einem Populisten wie Arnold Schwarzenegger zieht. In einem Land, in dem es keine überkommene Gemeinschaft gab, in das die Menschen zogen, um neu anzufangen, ließ sich Modernisierung nicht als Bedrohung der Gemeinschaft erleben. Die Regierung wird dort nicht als Schutz vor dem Kapitalismus angesehen, sondern als Hindernis für ihn, das man im Zaum halten muss. Die Industrialisierung Amerikas, in Deutschland auch als Epoche des „Raubtier-Kapitalismus“ bekannt, galt in den Staaten als das „Goldene Zeitalter“.

Auf entscheidende Weise werden die USA und Deutschland von antagonistischen Kräften behindert: die USA von ihrer pragmatischen, ungeduldigen Fixierung auf Lösungen, Deutschland von seinem Glauben an pedantische, immerwährende Strukturen. Beides hat seine Stärken und Fallstricke. Die Unterschiede lassen sich an der Wirtschaft der beiden Länder demonstrieren. Die USA verfügen über ein schwaches soziales Netz und ein wenig reguliertes Wirtschaftsleben, aber über mehr unternehmerische Risikobereitschaft und Selbstständigkeit, „small government“ und einen Begriff der Freiheit als Abwesenheit von Zwang. In Deutschland wird das Wirtschaftsleben strenger reguliert, das soziale Netz ist selbst nach den letzten Einschnitten stärker. Arbeitslosigkeit und niedriges Wachstum gelten als Probleme der Regierung.

Als Gründe für niedriges Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosenrate werden regelmäßig die hohen Krankenversicherungsbeiträge, der Euro, die Kosten für den Aufbau Ost und der Kapitalabfluss in Niedriglohnländer genannt. Bezieht man Deutschlands niedrige Geburtenrate und die wachsende Zahl an Rentnern in die Rechnung mit ein, sind die Konsequenzen schwerwiegend. Das niedrige Wachstum mindert die Erträge, aus denen sich das Kranken- und Rentenversicherungssystem finanzieren ließe. Also sinkt die Zahl der Arbeitsplätze, und der Konsum geht zurück. Die deutsche Sparquote

ist eine der höchsten, sie liegt bei 11 Prozent des jährlichen Haushaltseinkommens. Die Menschen geben kein Geld aus, weil das niedrige Wachstum ihnen Angst um ihre Arbeitsplätze macht; jüngere Arbeitnehmer fürchten sich vor einer Frühverrentung ohne ausreichendes Rentenniveau.

Dennoch begann der Sinkflug der deutschen Wachstumsraten vor über 20 Jahren, lange vor Euro-Umstellung, Wiedervereinigung usw. In dieser Periode wuchs die (west-)deutsche Wirtschaft durchschnittlich 1,3 Prozent im Jahr, die US-Wirtschaft brachte es auf 3,2 Prozent. Deutschlands Gesundheitssystem ist billiger als das der USA – die USA bringen 14 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts dafür auf, Deutschland unter 11 Prozent – und von einer wachsenden Wirtschaft auf jeden Fall bezahlbar. Der Aufbau Ost hat Deutschlands Wirtschaftswachstum seit Mitte der neunziger Jahre jährlich um 0,3 Prozent reduziert.<sup>5</sup>

Nimmt man dennoch an, dass die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands zum Teil auf die genannten Faktoren zurückgehen, dann helfen der geplagten Wirtschaft ihre relative Inflexibilität und die Inflexibilität des Bildungssystems bei der Erholung nicht gerade. Dabei geht es nicht um mangelnde Flexibilität der deutschen Arbeiter, wie manche in den Führungsetagen es gerne sehen. Es geht vielmehr um ein Netzwerk aus Erfahrungen, Gewohnheiten und Gesetzen, die aus der deutschen Geschichte entstanden sind und vielleicht eine neue Betrachtung verdienen.

Zum Beispiel sind in der Rezession des Jahres 2001 auch in den weniger stark regulierten Staaten USA und Großbritannien zur Förderung von Wachstum und Arbeitsmarkt keine neoliberalen, sondern Keynesianische Mittel zum Einsatz gekommen: direkte Staatsausgaben, Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Staat, Regierungsaufträge an Privatfirmen und staatliche Konsum- und Wachstumsanreize wie Steuersenkungen und Niedrigzinsdarlehen. Einiges davon kann Deutschland durch die Europäische Zentralbank und den Stabilitäts- und Wachstumspakt erreichen, die Inflation und Staatsverschuldung (also auch Staatsausgaben) beschränken wollen. Die Staatsverschuldung in Deutschland ist hoch, weshalb das Land seine Ausgaben zum Ankurbeln der Wirtschaft nicht erhöhen darf, und sie ist hoch, weil das Wachstum niedrig (die Steuereinnahmen sinken) und die Arbeitslosigkeit hoch ist (was die Steuereinnahmen weiter senkt und die Sozialversicherungskosten in die Höhe treibt). Schröders Steuererleichterungen haben nicht zu Wachstum durch höheren Konsum geführt, weil die Menschen aus Angst vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze bei der beeindruckend hohen deutschen Sparquote von 11 Prozent bleiben. Kurz, Deutschland findet sich nicht in seinen neoliberalen Optionen eingeschränkt, sondern in seinen keynesianischen. Außerdem haben die Hartz-IV-Reformen zwar die Arbeitskosten in Deutschland gesenkt, das Land zu einem weniger teuren Standort gemacht und so die Produktivität gefördert,<sup>6</sup> aber nur wenig neue Arbeitsplätze geschaffen. Die 400 Euro-Jobs wer-

Deutschland ist nicht in seinen neoliberalen Optionen eingeschränkt, sondern in seinen keynesianischen.

<sup>5</sup> Commission of the European Commission: Germany's Growth Performance in the 1990s, Economic Paper No. 170, Brussels: 2002, S. 43; WHO: The World Health Report 2003: Shaping the Future, Geneva: 2003, S. 170 ff.

<sup>6</sup> In Deutschland kostet eine Arbeitsstunde 27,60 €, in Großbritannien 19,90 € und in den USA 18,80 €; vgl. Ready to Motor?, *The Economist*, 20.8.2005, S. 54 ff.



den vor allem von Studenten und Vollzeitkräften angestrebt, die ihre Arbeitsbelastung senken wollen, und führen so dem Arbeitsmarkt keine genuinen neuen Arbeitsplätze zu. Außerdem trug Hartz IV mit acht Milliarden Euro zusätzlich zur Staatsverschuldung bei.

Deutschland scheint sich in einem Teufelskreis zu befinden.

Deutschland scheint sich also in einem Teufelskreis zu befinden. Den USA und Großbritannien half ein vierter Faktor: ihre Kultur der Unternehmensgründungen. Sie wird von den Regierungen gefördert, Gewohnheiten und Erwartungen der Bürger bleiben jedoch der bestimmende Einfluss. In den USA liegen die Unternehmensgründungskosten bei 1,7 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens, in Deutschland bei 32,5 Prozent.<sup>7</sup> Für Deutschland sind diese Kosten besonders schädlich, weil der globale Vorteil des Wirtschaftsstandorts, wie bei jedem entwickelten Land, in der Hochtechnologie und spezialisierten Dienstleistungen liegt. In beiden Sektoren werden neue Ideen oft in kleinen neuen Firmen ausgebrütet. Je mehr sich Deutschlands Wirtschaft auf diese Gebiete verlagert, desto mehr schaden diese Kosten einem immer größeren Teil der Bevölkerung.

Dennoch: Die Regierung zwingt ihren Bürgern die Regulierung und ihre Kosten nicht auf. Vielmehr unterstützt die deutsche Öffentlichkeit die staatlichen Regulierungsmaßnahmen, von denen sie in ihrer Geschichte immer profitiert hat. Aus demselben Glauben, auf Grundlage derselben Erfahrungen implementiert die Regierung zähe, gründliche Verfahrensvorschriften, auf die Menschen sich zu verlassen lernen, und die sie erwarten. Im Jahr 2003 erklärten 68 Prozent der Deutschen, sie glaubten, ihr Schicksal werde von Mächten jenseits ihrer Kontrolle bestimmt, so wie 50 Prozent der Franzosen und nur 32 Prozent der Amerikaner. Die klassische protestantische Arbeitsethik aus Disziplin und harter Arbeit, die innerhalb eines durchorganisierten, effizienten Systems sehr produktiv sein kann, kennt sich mit unternehmerischer Risikobereitschaft schlecht aus. Vielleicht verdienen dieses Weltbild und die daraus hervorgehende Fixierung auf staatliche Systeme eine Überholung. Zwischen 1970 und 1995 lässt sich die Hälfte des Unterschieds zwischen den Arbeitslosenraten der USA und den höheren Deutschlands auf die Flexibilität und Mobilität auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt zurückführen.<sup>8</sup> Dennoch zeigten sich im Jahr 2005 fast zwei Drittel der deutschen Arbeitslosen unwillig, für einen neuen Arbeitsplatz umzuziehen, selbst unter den Arbeitslosen, die jünger als 34 Jahre sind, waren es noch über 50 Prozent.<sup>9</sup>

Sicher kann die deutsche Regierung die Kosten von Unternehmensgründungen senken. Aber am Ende müssen auch die Banken ihre traditionell risikoscheue Politik ändern und Jungunternehmern Kredite geben; und die Men-

<sup>7</sup> Simeon Djankov, Rafael La Porta, Florencio Lopez-de-Silanes und Andrei Shleifer: The Regulation of Entry, *Quarterly Journal of Economics*, Februar 2002, S. 1–37.

<sup>8</sup> Giuseppe Bertola, Francine D. Blau und Lawrence M. Kahn: Comparative Analysis of Labor Market Outcomes: Lessons for the United States from International Long-Run Evidence, in: Alan B. Krueger und Robert Solow (Hrsg.): *The Roaring Nineties: Can Full Employment Be Sustained?*, New York 2001, S. 158–218. Oliver Blanchard und Justin Wolfers: The Role of Shocks and Institutions in the Rise of European Unemployment: The Aggregate Evidence, *Economic Journal*, März 2000, S. 1–33. Im Jahr 2001 zogen 1,44 Prozent der Deutschen in ein anderes Bundesland um, in den USA waren es während der gesamten neunziger Jahre 2,65 Prozent pro Jahr, 80 Prozent mehr als in Deutschland; Statistisches Bundesamt: *Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: 2003.

<sup>9</sup> Germans avoid moving for work, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Onlineausgabe, 24.6.2005.

schen müssen Unternehmen gründen. Die Zahl der Selbstständigen hat zu steigen begonnen (in diesem Jahr um 400 000), aber der Strukturwandel auf dem deutschen Arbeitsmarkt bleibt ein langwieriger Prozess. Karrierewechsel sind noch immer schwierig. Wer in seinen besten Jahren ein Unternehmen gründet, stellt sich außerhalb des Mainstream. Man beginnt mit 35 keine neue Ausbildung mehr, noch weniger mit 45 oder 50, so wie die Menschen in den USA oder Großbritannien (was gleichzeitig die Lebensqualität verbessert). Weiterführende Ausbildungsprogramme sind gerade erst im Entstehen.

Die Lösungen, die zur Bekämpfung der deutschen Misere vorgeschlagen werden, schreiben das Grundproblem weiter fort. Deutsche Atlantiker halten das amerikanische neoliberale System für besser und wollen, dass ihre Regierung so viel wie möglich davon importiert. Andere wollen, dass die Regierung das alte System bewahrt, und die neue Linkspartei verlangt eine stärkere Steuerprogression. Aber von den Linken bis zu den Neoliberalen machen alle die Regierung dafür verantwortlich, Bewegung ins Wirtschaftssystem zu bringen, wobei die Neoliberalen paradoxerweise wollen, dass die Regierung ein amerikanisiertes Wirtschaftsprogramm aufstellt, das die Deutschen lehren soll, nicht länger auf Programme der Regierung zu warten. Wofür wären Mitglieder der Gesellschaft sonst noch verantwortlich? Die Regierung kann Umschulungen fördern, sie kann Start-Up-Kosten und Zinsen senken. Aber wenn der Staat Erfolg damit hätte, Unternehmergeist regierungsamtlich zu verordnen, wäre das Ergebnis kein Unternehmergeist.

### Deutschlands Widersprüche sind bequem und nützlich

Zwei Dinge werden in Deutschland, wo man staatlichen Systemen aus guten Gründen treu ist, vernachlässigt. Erstens der Instinkt für unbeabsichtigte Konsequenzen und „unvernünftige“ Reaktionen. In Deutschlands Umgang mit der EU wird diese Schwäche in der mangelhaften Vorbereitung auf Krisen sichtbar, in denen Diplomatie und Gefälligkeiten nicht mehr helfen. So bleibt Deutschlands Fähigkeit, die Handlungen von Menschen und Staaten vorauszusehen, beschränkt, und seine Fähigkeit voranzuplanen und zu reagieren wird geschwächt. Für Deutsche und die meisten Europäer ist es zum Beispiel schwer zu verstehen, warum der Iran ein wirtschaftliches Angebot ablehnen würde, das ihm das Tor zur Welt öffnet. Aber er hat es trotzdem abgelehnt. Und wie würde die EU reagieren, wenn der Iran eine Prüfung durch den Sicherheitsrat mit höheren Ölpreisen für Europa beantwortet? Die Drohung liegt auf dem Tisch. Ferner fehlt Europa das Gefühl für die optimistische, aggressive Energie der Vereinigten Staaten. Kein Wunder, dass die Deutschen glauben, die USA würden am Ende schon vernünftig und im eigenen Interesse handeln, so wie sie selbst. Schließlich sind wir alle im Westen (und Deutschland und die USA besonders) Teil desselben Systems.

Bis hierher haben wir es mit ehrlichen Irrtümern zu tun, mit kulturellen Missverständnissen. Aber diese Fehlinterpretation der USA verstellt den Deutschen und im weiteren Sinn den Europäern den Blick auf die eigenen inneren Widersprüche im Umgang mit dem Rest der Welt. Sie erlaubt ihnen, im eigenen, von aller Dringlichkeit geschützten Gehäuses eine EU-Außenpolitik zu entwerfen und gleichzeitig davon auszugehen, die USA würden die

Für Europäer ist schwer zu verstehen, warum der Iran ein Angebot ablehnt, das ihm das Tor zur Welt öffnet.

## Die Deutschen und die Welt

Angelegenheiten der Welt schon regeln. Ich denke, die Deutschen würden größere Effizienz in der Verwirklichung der globalen Pläne der EU zeigen, wenn sie ihre eigene Kritik an Amerika ernst nähmen. Zum einen fehlen der EU Streitkräfte, die diplomatischen und anderen Zielen Gewicht verleihen könnten. EU-Sicherheitskräfte sind an internationalen Friedensmissionen beteiligt, aber das sind bescheidene Gesten. Die Afrikanische Union und die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) verdienen mehr Unterstützung durch die früheren Kolonialmächte, doch auch das erfordert EU-Streitkräfte. Joschka Fischer ist einer der wenigen Politiker, dem sowohl Palästinenser als auch Israelis vertrauen, und doch geht sein Büro davon aus, dass er erst in einigen Jahren über ein Mandat der EU verfügen werde, um die Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen, und selbst dann nur unter Einbeziehung der USA. Warum?

Deutschland liegt mit seiner Energiepolitik schon heute vorn.

Die Ölinteressen der USA setzen ihrer Diplomatie und ihrem militärischen Handeln Grenzen und bestimmen sie. Liegt darin nicht eine Gelegenheit für die EU, sich auf alternative Brennstoffe zu verlegen? Deutschland liegt mit seiner Energiepolitik schon heute vorn. Sowohl der politische als auch der ökologische Nutzen einer Unabhängigkeit von Gas und Öl wären immens, vom finanziellen Gewinn durch den Besitz für Patente für neue Technologien ganz abgesehen. Aber die politische Unterstützung für dieses Potenzial hat in Deutschland noch keine kritische Masse erreicht, und die Zahl der kleinen Start-Ups auf dem Energiesektor ist noch nicht groß genug, um zu verhindern, dass die Forschung versickert und die entsprechenden Gesetze wieder einkassiert werden. Gegen eine alternative Energiepolitik wird hauptsächlich eingewandt, dass erneuerbare Brennstoffe nicht marktfähig seien und, im Fall wasserstoffgetriebener Autos, erst ein Tankstellennetz aufgebaut werden müsste. Mit dem gleichen Recht hätte man allerdings 1905 bezweifeln können, dass sich benzintriebene Autos gegen Pferde durchsetzen könnten; für Benzin gab es damals schließlich auch kein Tankstellennetz.

Offenbar sehen viele Deutsche sich nicht als Teil einer Gemeinschaft, die auf der Weltbühne mit dem übrigen Europa an einem Strang zieht. Trotzdem glauben sie, dass sie sich außenpolitisch in die EU einbetten und dass die EU Unabhängigkeit von den USA anstreben sollte. Außerdem erwächst der weltpolitische Einfluss aller europäischen Staaten aus dem Staatenbund; allein wiegt man weniger schwer. Je mehr Europa seinen eigenen Ansatz auf Weltprobleme anwendet, desto mehr wird es sich darin bestärkt fühlen, das auch weiterhin zu tun. Je mehr Europa sich auf amerikanisches Eingreifen verlässt, desto mehr davon wird es erleben.

40 Jahre lang hat Deutschland bei der Entwicklung der EU eine Schlüsselrolle gespielt – finanziell, am Verhandlungstisch und in der Ausformulierung der gemeinsamen Vision. Will man diese Anstrengungen gerade jetzt aufgeben, da die EU genug Wohlstand, Expertise und Koordinationsfähigkeit besitzt, um international Effizienz zu beweisen? Europa wird immer Gründe dafür finden, sich auf der Weltbühne zurückzuhalten. Aber wenn es Zurückhaltung übt, wird es sich mit allem abfinden müssen, was der handelnden Supermacht Amerika einfällt.

Deutsch von Robin Detje